

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 114 (2017)
Heft: 2

Artikel: "Man kann mit der Aktivierung allein nicht alle Probleme lösen"
Autor: Bonvin, Jean-Michel / Hess, Ingrid
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839748>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Man kann mit der Aktivierung allein nicht alle Probleme lösen»

INTERVIEW Aktivierung und Bildungsprogramme sind Strategien für eine möglichst rasche Rückkehr von Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Selbständigkeit. Jean-Michel Bonvin, Soziologe an der Universität Genf, fordert auch Massnahmen im Arbeitsmarkt.

«ZESO»: Herr Bonvin, viel ist in den letzten Monaten die Rede vom Ende des Sozialstaats angesichts von Schuldenkrise, Alterung der Gesellschaft und Strukturwandel im Arbeitsmarkt – wie strapazierfähig ist die soziale Kohäsion?

Jean-Michel Bonvin: Ich denke nicht, dass der Sozialstaat wirklich gefährdet ist. Diese Entwicklungen – die Alterung der Gesellschaft, die Schwächung der Familienstruktur, die sich in der zunehmenden Zahl an Einelternfamilien zeigt, der Strukturwandel und die damit verbundenen neuen sozialen Risiken – zeigen im Gegenteil sehr deutlich, dass es nötig ist, den Sozialstaat zu erhalten. Gleichzeitig zwingen uns die unter Spandruck stehenden öffentlichen Finanzen, die Kosten des Sozialstaats stabil zu halten. Die Finanzierung des Sozialstaats stellt vor diesem Hintergrund natürlich langfristig eine wichtige Herausforderung dar.

Vor allem für die gesellschaftliche Solidarität. Nimmt die Solidarität in der Gesellschaft ab?

Es gibt zahlreiche Signale, die darauf hindeuten, dass das Gefühl der Solidarität bei vielen Menschen im Moment abnimmt. Es handelt sich aber nur um Signale und keine objektiven Größen. Ein Beispiel ist die zunehmende Intensität, mit welcher die Debatte über den Missbrauch von Sozialleistungen geführt wird. Sie nährt das Vorurteil vom Sozialhilfeempfänger als faulem Menschen, der sich weigert zu arbeiten, und damit von der Grosszügigkeit der Allgemeinheit profitiert. Die Debatte über den Sozialhilfe-Missbrauch verbreitet die Auffassung, dass die arbeitende Bevölkerung bezahlen muss, während andere profitieren. Sie trägt auf diese Art dazu bei, dass die gesellschaftliche Solidarität in Frage gestellt wird. Es kommt

hinzzu, dass der Sozialhilfemissbrauch für die steigenden Kosten verantwortlich gemacht wird. In einem solchen Klima sucht man nach Schuldigen und findet diese in den Menschen, die sich angeblich nicht genügend anstrengen, um wieder alleine zurechtzukommen.

Hat der Missbrauch real zugenommen?

Die Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, enthalten keine Hinweise, dass der Sozialhilfemissbrauch oder -missbrauch zugenommen hätte. Hingegen wurden die Bedingungen für den Bezug von Sozialleistungen erheblich verschärft. Wenn also jemand die jetzt deutlich strenger Anforderungen nicht vollumfänglich erfüllt, ist schnell einmal von Missbrauch die Rede. Man kann von daher nicht sagen, dass sich die Mentalität der heutigen Sozialhilfeempfänger verschlechtert hat. Tatsache ist vielmehr, dass sie deutlich mehr Bedingungen erfüllen müssen.

In der Öffentlichkeit ist die Meinung weit verbreitet, dass wer keine Arbeit hat, selbst schuld ist. Kann unser Arbeitsmarkt theoretisch allen Arbeit geben?

Der Sozialstaat wurde während der Jahre des Wirtschaftswunders 1945 bis 1973 massgeblich entwickelt. In einer Zeit also, in der es kaum Arbeitslosigkeit oder Menschen gab, die auf Sozialhilfe oder Leistungen der Invalidenversicherung angewiesen waren. Die grosse Veränderung kam dann in den meisten Staaten in den 70er Jahren mit dem Ende der Vollbeschäftigung. In Europa stiegen die Arbeitslosenzahlen plötzlich sehr stark an – in der Schweiz jedoch erst in den 90er Jahren. Dies hatte zur Folge, dass sich die Zahl der auf Leistungen des Sozialstaats angewiesenen Menschen ebenfalls stark

erhöhte. Paradox daran ist, dass genau in dem Moment, als die Vollbeschäftigung nicht mehr garantiert war und die Arbeitslosigkeit anstieg, der Vorwurf des Missbrauchs laut wurde. In dem Moment also, in dem es viel schwieriger geworden war, eine Arbeit zu finden, wurden die Betroffenen beschuldigt, faul zu sein und den Sozialstaat zu missbrauchen.

In der Konsequenz versuchte man mit Anreizen und Auflagen, mit Fördern und Fordern, Sozialhilfebeziehende möglichst rasch wieder in den Arbeitsmarkt zurückzuführen – wie beurteilten Sie vor diesem Hintergrund das Konzept der Aktivierung?

Viele Studien zeigen deutlich, dass die Aktivierung durchaus erfolgreich war, aber sie konnte die Ursache des Problems nicht beseitigen: den Mangel an Arbeitsplätzen. Vor dem Hintergrund der Abwesenheit jeglicher staatlicher Massnahmen zur konkreten Schaffung von Arbeitsplätzen fokussierte man sich also auf die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, IV-Bezüger und so weiter und versuchte sie möglichst rasch zu befähigen, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ist wichtig und auch wirksam. Wenn man sich jedoch darauf beschränkt, dann wird man dem Problem nicht gerecht. Denn die Wurzel des Problems liegt nicht nur beim Angebot – also den Arbeitsuchenden – sondern auch bei der Nachfrage – dem Arbeitsmarkt. Wenn eine Warteschlange von Arbeitssuchenden existiert und manche von ihnen Weiterbildungsprogramme absolvieren, dann rücken sie in der Warteschlange nach vorn und finden vielleicht schneller eine Stelle, doch die Länge der Warteschlange bleibt unverändert, weil ja die Zahl der Arbeitsplätze nicht wächst. Man ermöglicht also die Verbesserung individueller Problemlagen, löst aber das strukturelle Problem



Bilder: Magali Girardin

nicht. In der Schweiz ist das Modell der Aktivierung dennoch etwas erfolgreicher als in anderen europäischen Ländern, da der Arbeitsmarkt hier sehr dynamisch ist und die Arbeitslosigkeit tief.

Der Spandruck im Sozialwesen und damit auch im Bereich der Sozialhilfe wird in jedem Fall weiter steigen. Für die Sozialämter bedeutet das, sie müssen möglichst viele aus der Abhängigkeit von der Sozialhilfe führen. Was bleibt also zu tun?

Es ist natürlich wichtig, diese Menschen auszubilden und in den Arbeitsmarkt zurückzubringen, das ist völlig unbestritten. Aber man muss auch bei der Nachfrage ansetzen. Ich erachte es im Übrigen als problematisch, diese Menschen zu zwingen, irgendeinen Job anzunehmen, nur um die Sozialhilfekosten zu dämpfen. Es ist umso fragwürdiger, als diese Menschen Gefahr laufen, rasch wieder arbeitslos zu werden und damit zudem das Entstehen von prekären Arbeitsplätzen gefördert wird. Man kann

«Es gibt zahlreiche Signale, die darauf hindeuten, dass das Gefühl der Solidarität bei vielen Menschen im Moment abnimmt.»

mit der Aktivierung allein nicht alle Probleme lösen. Die aktuelle Politik verfolgt in erster Linie das Ziel zu verhindern, dass es immer dieselben sind, die von der Arbeitswelt ausgeschlossen bleiben. Insgesamt sind etwa 12 bis 15 Prozent der Schweizer Bevölkerung nicht in den Arbeitsmarkt integriert. Sie werden von der ALV, IV oder Sozialhilfe unterstützt. Diese 12 bis 15 Prozent, davon ist auszugehen,

lassen sich allein mit den Massnahmen und Strategien der Aktivierung auf der Angebotsebene nicht reduzieren.

Die Aktivierung ist also für den Einzelnen effektiv, aber nicht für die öffentlichen Finanzen?

Es ist schwer zu sagen, ob sich die Aktivierung für die Allgemeinheit auszahlt oder nicht. Das sind komplexe Rechnungen. Sicherlich hat die symbolische Dimension der Aktivierung einen starken präventiven Effekt. Jeder weiß, wenn er Sozialhilfe beziehen will, muss er viel dafür tun. In diesem Sinne wirkt die Strategie der Aktivierung und ist, was die Kontrolle der Kostenerwicklung angeht, sicher wirksam. Dennoch gibt es Personen, die aus den verschiedensten Gründen kaum eine Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Für diese Leute genügen die Massnahmen der Aktivierung nicht. Hier sind andere Lösungen gefragt. Es ist wichtig, dass der erste Arbeitsmarkt auch für die Bereitstellung geeigneter Arbeitsplätze vorbereitet ist.

→ **Aber was müsste geschehen, damit der Arbeitsmarkt geeignete Arbeitsplätze bereitstellt?**

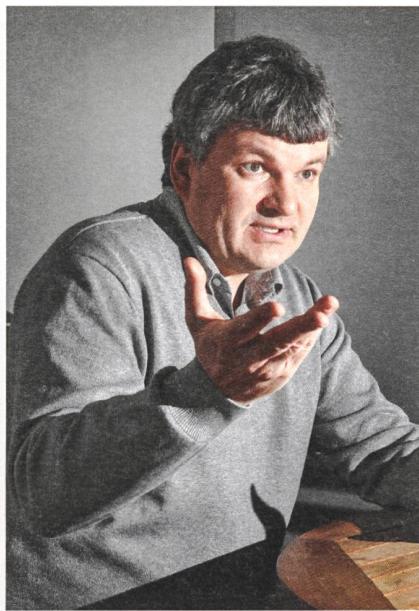
Das ist wohl die schwierigste Aufgabe. Der wettbewerbsorientierte Arbeitsmarkt bietet keinen Platz für alle. Wie sollen also diejenigen integriert werden, die nicht den gängigen Produktivitätskriterien eines globalisierten kompetitiven Marktes entsprechen? Man könnte sich mehrere Lösungen vorstellen. Man könnte versuchen, die Logik des Wettbewerbs im Arbeitsmarkt zu beeinflussen, indem man Unternehmen unterstützt, deren Ziele sich nicht allein nach Profitkriterien richten; eine weitere Möglichkeit wäre die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, der den sozialen Aspekten mehr Raum gibt; oder aber geschützte Strukturen auf Verbands- oder halbstaatlicher Ebene. Diese Arbeit müsste aber bezahlt sein, um eine Stigmatisierung zu vermeiden. Es gäbe also viele Optionen. Es handelt sich dabei nicht um Arbeit, die den gängigen Marktkriterien zuwiderläuft, sondern diese ergänzt. Deshalb muss diese komplementäre Arbeit auch nach denselben Ansätzen bewertet werden, wie die anderen Stellen auch.

Der Hauptfokus liegt im Moment auf der Ausbildung. Mit Bildungsprogrammen sollen Bildungsdefizite von Langzeitarbeitslosen behoben werden. Kann die Bildung alle Probleme lösen?

Das Problem ist die Qualität der Ausbildung. Wenn man die Leute nur einige Tage oder Wochen ausbildet, lernen sie auf diese Art vielleicht ein Motivationsschreiben oder einen Lebenslauf zu verfassen. Das ist sinnvoll und kann für Stellenlose, die bereits über eine gute Ausbildung verfügen, hilfreich sein. Doch für diejenigen, die keine Ausbildung haben, die vielleicht die Schule abgebrochen haben oder die das Lernen grundsätzlich ablehnen, sind Programme von derart kurzer Dauer nicht genug.

Lange dauernde Arbeitslosigkeit, Armut und in der Folge Abhängigkeit von der Sozialhilfe gehen häufig einher mit einer fehlenden Berufsbildung. Wie kann man diese Defizite auch später noch beheben?

Es gibt drei zentrale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn: die Fähigkeit zu lernen sowie den Willen



JEAN-MICHEL BONVIN

Jean-Michel Bonvin ist Professor für Soziologie und Sozialpolitik am Institut für Demographie und Sozioökonomie an der Universität Genf. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören der Wandel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Innovationen in Organisationen des öffentlichen Sektors. Bonvin leitet derzeit den Schwerpunkt «welfare boundaries» im NCCR LIVES, einem Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds, in dem es um prekäre Lebensverläufe und Vulnerabilität geht.

und auch die Möglichkeit zu lernen. Es sind also drei Stufen von Massnahmen nötig. Zunächst muss das Basiswissen vermittelt werden, die Grundvoraussetzung für jede Berufsausbildung. Dann gilt es bei den Betroffenen die Freude am Lernen zu wecken, am besten mithilfe von wenig schulischen Ausbildungsformen, die viele Sozialhilfeempfänger abschrecken. Und schliesslich müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, indem dafür gesorgt wird, dass der Betroffene über Zeit und finanzielle Ressourcen verfügt. Später noch eine Lehre zu beginnen, bedeutet beispielsweise häufig zunächst mal einen im Vergleich mit der Sozialhilfe erheblichen Einkommensverlust. Mit einem Lehrlingsgehalt kann man keine Familie ernähren.

Welche Massnahmen schlagen Sie vor?

Das Programm Forjad zum Beispiel im Kanton Waadt. Es kommt diesem Ideal mit der Massnahme Scenic Adventure meiner Meinung nach am nächsten. In Genf entspricht das Programm «Scène active» der-

selben Logik. Beide Programme unterstützen Jugendliche mit einer abgebrochenen Schullaufbahn, die in hohem Masse gefährdet sind. Es gilt diese dort abzuholen, wo sie stehen, ihnen die Freude an der Bildung zu vermitteln oder ihnen zu helfen, eine Vision von der Zukunft zu entwickeln. Jeder hat Freude sich zu bilden, aber nicht jeder schafft das in einem schulischen Umfeld. In Genf haben die Jugendlichen acht Monate lang an einem Theaterstück gearbeitet, das sie selbst kreiert haben, und es dann vor mehreren hundert Zuschauern aufgeführt. Das war eine wichtige Erfahrung, die in ihnen die Freude geweckt hat, etwas zu schaffen. Andere etwas konventionellere Programme zur Vorbereitung auf eine Lehre liefern ebenfalls sehr ermutigende Resultate. Dennoch bleibt das Problem der Nachfrage. Alle diese Programme haben zum Ziel, das Vertrauen der Betroffenen in ihre berufliche Zukunft, ihre Kompetenzen zu stärken, um damit ihre Attraktivität für potenzielle Arbeitgeber zu erhöhen. Alle diese Aktivitäten konzentrieren sich auf die Angebotsseite, die Arbeitnehmer. Aber nichts garantiert, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften dem folgen wird, dass es Lehrstellen und Arbeitsplätze für diese Personen geben wird. Man muss daher auch auf der Nachfrageseite ansetzen, was natürlich nicht allein in der Kompetenz der Sozialdienste liegen kann.

In Europa wird jetzt viel über Sozialinvestitionen diskutiert. Was bedeuten diese?

Das Ziel von Sozialinvestitionen ist es, das produktive Potenzial aller im Sinne des kollektiven wirtschaftlichen Wohlstands zu erhöhen. Es geht daher darum, die Stellensuchenden besser zu qualifizieren und zwar mit Hilfe von langfristigen Massnahmen, also beispielsweise mit einer Lehre, dank der sich Betroffene neue Kompetenzen aneignen. Diese Strategie verfolgt eine ehrgeizige Vision der Aktivierung via die Entwicklung des Humankapitals und der Bildung. Doch es bleibt auch hier unklar: Wie kann sichergestellt werden, dass quantitativ und qualitativ ausreichend Arbeitsplätze auch für die Schwächsten und weniger Wettbewerbsfähigen existieren? Dies, so scheint mir, bleibt die derzeit wichtigste Herausforderung.

Das Gespräch führte
Ingrid Hess